

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

42. Sitzung
14. November 2024

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.32 Uhr
Vorsitz: Danny Freymark; Schriftführer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Julia Schneider (GRÜNE) fragt für ihre Fraktion:

„Welche Erkenntnisse liegen dem Berliner Senat zu den Bränden beim Freilandlabor Britz und beim Weltacker vor?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) berichtet, dass ein Gebäude des Vereins Weltacker Berlin e.V. in Pankow sowie das Umweltbildungszentrum des Freilandlabors Britz e.V. durch Brände zerstört worden seien. Es werde polizeilich wegen mutmaßlicher Brandstiftung ermittelt. Bei Weltacker sei ein Sachschaden von 30 000 Euro entstanden, außerdem seien Bildungsmaterialien zerstört worden. Es gebe keine Brandversicherung. Ein Wiederaufbau sei nicht geplant, aber es werde eine temporäre mobile Lösung für die Bildungsarbeit angestrebt. Das Freilandlabor Britz habe derzeit keine Räume mehr für Umweltbildungsveranstaltungen und habe einen temporären Betrieb. Workshops für Kitas, Schulen und Fortbildungen würden neu organisiert. Die Senatsverwaltung unterstütze die Vereine dabei, deren Umweltbildung fortzusetzen.

Julia Schneider (GRÜNE) fragt, wie die Vereine beim Wiederaufbau unterstützt würden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass die SenMVKU finanziell unterstützen könne. Der Fokus liege aber darauf, dass die Vereine ihre Arbeit neu aufsetzen könnten.

Ferat Koçak (LINKE) fragt für seine Fraktion:

„Wie reagiert der Senat auf einen vor wenigen Tagen eingegangenen offenen Brief der Berliner Naturschutzverbände, die einen Stopp für Baupläne im Wald des ehemaligen Emmaus-Friedhofs in Neukölln fordern?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, die Zuständigkeit für den Bebauungsplan XIV-286a liege bei SenStadt. SenMVKU und Berliner Forsten seien im Verfahren eingebunden und hätten in einer Stellungnahme den Emmauswald als Wald gemäß BerlWaldG festgestellt. Ansonsten sei dazu in der 37. Sitzung der Wahlperiode des Ausschusses ausgeführt worden.

Ferat Koçak (LINKE) fragt nach, ob es realistisch sei, dass im betroffenen Bezirk ein Wald mit einem ähnlichen Erholungswert gepflanzt werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass die Kompensation der 38 500 Quadratmeter Waldfläche noch geprüft werde.

Alexander Bertram (AfD) fragt für seine Fraktion:

„Wie und in welcher Form wird der Senat sicherstellen, dass die Naturwacht Berlin nicht den Sparzwängen 2025 zum Opfer fällt und weiterhin ihre wichtigen Aufgaben wahrnehmen kann?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass der Senat ehrenamtliches Engagement unterstützen und stärken wolle. Die SenMVKU stelle die Mittel dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung. Das Verfahren solle auch 2025 fortgeführt werden.

Alexander Bertram (AfD) bittet um Klarstellung, ob eine Mittelkürzung ausgeschlossen werden könne. Die Naturwacht Berlin habe eine wichtige Bedeutung bei der Moderation von Konflikten zwischen Mensch und Wildtier.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, dass die PMA für 2025 noch in der Abstimmung befindlich sei. Die SenMVKU wolle die Gelder sichern, aber da es ein Zuwendungstitel sei, sei keine mehrjährige Sicherung möglich.

Linda Vierecke (SPD) fragt spontan, welche Erkenntnisse aus der Teilnahme an der 16. UN-Artenschutzkonferenz hätten gewonnen werden können.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) berichtet, dass es bei dieser COP trotz Rückschlägen auch Erfolge gegeben habe. So seien etwa eine Stärkung der Rechte indigener Völker, die Einrichtung des Cali-Fonds zur Förderung der Biodiversität, der aus Einnahmen aus der Nutzung von digitalen Sequenzinformationen gespeist werde, sowie eine neue Definition besonders wertvoller Meeresgebiete, worüber zuvor acht Jahre verhandelt worden sei, be-

geschlossen worden. Die Finanzierungen etwa von Schutzgebieten habe nicht abschließend beschlossen werden können, weil es zum Schluss aus zeitlichen Gründen keine Beschlussfähigkeit mehr gegeben habe. – Das Land Berlin habe den Berlin Urban Nature Pact vorgestellt, der mit 90 Städten entwickelt worden sei. Dabei würden Biodiversitätsrahmenbeschlüsse auf Städte übertragen und betrachtet, was das für sie bedeute. Der Pakt habe gute Resonanz erhalten. Städte wie Cali, Utrecht und andere hätten unterzeichnet oder zeigten Interesse.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) ergänzt, dass auf einer Veranstaltung mit 40 Botschaftern in Berlin diese ebenfalls großes Interesse am Urban Nature Pact gezeigt hätten und wollten weitere Informationen an ihre größeren Städte weiterreichen.

Linda Vierecke (SPD) bittet um Auskunft, auf welche Ziele im Urban Nature Pact sich Berlin festgelegt habe.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) antwortet, dass sich Berlin auf 17 Ziele festgelegt habe, die auf bereits existierenden Initiativen aufbauten.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) berichtet, dass auf der nächsten Umweltministerkonferenz in Bad Neuenahr über Lithium-Ionen-Akkumulatoren – Li-Akku – und Lachgaskartuschen gesprochen werden solle. Diese verursachten Brände während der Abfallbeseitigung. Der Beschlussvorschlag des Landes Berlin zu Li-Akkus sehe als Maßnahmen eine verbesserte Kommunikation an Verbraucher, eine bessere Finanzierung des Entsorgungssystems, technische Maßnahmen zur Verbesserung der Sammlung und Sortierung, eine verstärkte getrennte Erfassung der Li-Akkus, Sicherstellung eines sicheren Transports von der Sammelstelle, Maßnahmen für sorgfältigen Umgang mit Li-Akkus, Einführung einer technischen Kennzeichnungspflicht für Batterien sowie eine Entwicklung einer Pfandlösung für Elektronikgeräte mit Li-Akkus zur Verbesserung der Entsorgungssicherheit vor. – Auf Bundesebene werde ein Verbot von Lachgaskartuschen angestrebt.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) ergänzt, dass der Grundwasserfilter im Ernst-Thälmann-Park vor Kurzem mit einer PV-Anlage zur Energieversorgung erweitert worden sei. Dort sei zwischen 1872 und 1981 eine Gas- und Benzolanlage betrieben worden, die Kontaminationen mit Kohlenwasserstoffen verursacht habe. Ab 1982 sei dort eine Großwohnanlage entstanden, ohne den Boden fachgerecht saniert zu haben. Aufgrund der Gesundheitsgefährdung der Bewohner habe es seit 1991 mehrere Bodensanierungsmaßnahmen gegeben. Unter anderem sei der Boden auf 2 000 Quadratmetern bis in vier Meter Tiefe ausgetauscht worden. Dennoch gebe es noch Kontaminationen, die das Grundwasser gefährdeten. Daher sei weiterhin eine technische Filterung des Grundwassers nötig. Zukünftig solle auch die Abwärme der Anlage genutzt werden.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass die Problematik der Lachgaskartuschen gelöst werden müsse. In der Müllverbrennungsanlage der BSR hätten diese einen Schaden von 2,7 Mio. Euro verursacht. – Brauche es noch mehr Aufklärung bezüglich der richtigen Entsorgung von Li-Akkus?

Ferat Koçak (LINKE) bittet um Einschätzung, ob Vorhaben wie die Abholzung des Emmauswaldes oder eine Bebauung des Tempelhofer Feldes nicht dem Urban Nature Pact widersprüchen. – Welche Position habe der Senat gegenüber der COP29 und dem Gastgeberland Aserbaidschan, das eine menschenrechtlich und außenpolitisch problematische Politik habe?

Alexander Bertram (AfD) fragt nach, ob das Vorgehen des Bodenschutzes im Ernst-Thälmann-Park als Vorbild für andere Sanierungen von belasteten Orten fungieren könne.

Julia Schneider (GRÜNE) weist hin, dass es einen Widerspruch zwischen der Unterstützung des Urban Nature Pact und dem Vorhaben des Schneller-Bauen-Gesetzes gebe. – Wenn die Urban-Nature-Pact-Ziele des Landes Berlin nur auf Initiativen aufsetzten, die es bereits gebe, sei das wenig ambitioniert.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass beim Thema Müllentsorgung kontinuierlich aufgeklärt werden müsse. – Der Schutz der Biodiversität und Wohnraum schlossen sich nicht gegenseitig aus und seien gleichermaßen notwendig. – Bezüglich der COP29 gebe es keine öffentliche Positionierung der Senatsverwaltung.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) widerspricht, dass die Urban-Natur-Pact-Ziele des Landes nur wenig ambitioniert seien. Es brauche keine weiteren Initiativen, sondern die Umsetzung müsse gestärkt werden. Der Vorteil sei, dass der Pakt konkrete Ziele habe. Eines sei die Vergrößerung des Schutzbereiches von derzeit 21 Prozent in Berlin auf 30 Prozent. – Die erwähnte Bodensanierung könne durchaus Vorbild für andere Anlagen sein. Die Senatsverwaltung habe hier mit dem Bezirk sehr eng zusammengearbeitet.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Nachhaltigkeit im Fokus: Das Freiwillige
Ökologische Jahr (FÖJ) als Chance für Berlins
junge Generation**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0201](#)
UK

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0117
Drucksache 19/1109	UK(f)
Gesetz zur Einführung der Verpackungssteuer im Land Berlin	Haupt WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung – neu –

Antrag der Fraktion Die Linke	0175
Drucksache 19/1472	UK
Privatjets am BER verbieten!	BuEuMe(f)
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)	Haupt Mobil

Ferat Koçak (LINKE) erläutert, dass eine Studie von Oxfam ergeben habe, dass Privatflüge mit Privatjets überproportionale Schäden an Umwelt und Klima verursachen. Das seien häufig Kurzstreckenflüge, die auch mit Bahnreisen erreichbar seien. Deswegen sollten Privatreisen mit Privatjets am BER ausgesetzt werden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass die Regulierung des Luftverkehrs im Kompetenzbereich des Bundes und der EU liege. Ein Sonderweg des Flughafens BER könnte rechtliche Konsequenzen haben.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1472.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.